

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

39 (16.2.1931)

Ludwig Quessel †

Aus Darmstadt kommt die Trauerkunde, daß Genosse Dr. Ludwig Quessel einem langwierigen Leiden erlegen ist. Genosse Quessel hat den alten Wahlkreis Darmstadt von 1912 bis 1918 im alten Reichstag vertreten, dann wurde er als sozialdemokratischer Abgeordneter für den größeren Kreis Hessen-Darmstadt in die Nationalversammlung und den neuen Reichstag gewählt. Erst bei den letzten Wahlen hatte er nicht mehr kandidiert und sich auf seine Redaktionstätigkeit am „Reichlichen Volksfreund“ beschränkt.

Mit Quessel ist einer der ersten sozialistischen Werkstudenten von uns gegangen. In Königsberg (Preußen) 1872 geboren, konnte er trotz hoher Begabung nur die Volksschule besuchen. Dann erlernte er das Uhrmacherhandwerk. Aber schon als Lehrling und später als Geselle setzte er eine ungeheure Energie daran, sich privat und unter großen Opfern auf das Hochschulstudium vorzubereiten. Im schweizerischen Kanton Zürich konnte er die Zulassungsprüfung zur Universität ablegen. Im alten Preußen wäre das einfach unmöglich gewesen, besonders nicht für Proletarier. In Zürich studierte nun der Uhrmachergehilfe Nationalökonomie und Rechts- und Sozialwissenschaft. 1903 promovierte er zum Doktor der Staatswissenschaften und kehrte dann nach Deutschland zurück, wo er als Redakteur an den Parteiblättern von Königsberg, Danzig, Stettin und Darmstadt wertvolle Arbeit für die Arbeiterklasse leistete. Daneben war er vielfach schriftstellerisch tätig, besonders für die „Sozialistischen Monatshefte“.

Erst 59 Jahre alt, hat er jetzt schon Abschied von der Bewegung nehmen müssen, aus der er stammte und die ihm ans Herz gewachsen war. Diese große sozialistische Bewegung wird seinem Gedächtnis Treue bewahren.

Stahlhelm-„Volks“begehren

Badenkaul — Monatel fest im Auge — Die Flotte, die im Lederhandschuh steht, Emporkriechen an den Stahlhelmschirm — Vabtod im Rücken — Offiziersgeschwarr — Verbeugung — ab — Gestatten! — Kapitanleutnant a. D. von Bumske. Befehl vom Stahlhelmbauquartier: Der Gewerks und der — ab — Braun Sofort abtreten, beide Strafe unseres Zorns! Im Namen des — ab — Volkes, Das in uns Höherstraffen die Führer sieht, Bedenkzeit zwei Minuten.“ —

Der Michel nimmt die Pfeife aus dem Mund, Empfängt das dargelegte Schreibpapier, Befühlt es kritisch zwischen Daum und Zeigefinger Und grinst sardonisch: „Ne, mein Lieber, Das ist mir doch nicht weich genug.“ Ferdinand Madlanger.

Verleumderbuch am Pranger

Berlin, 14. Febr. (Eigentl. Dienstl.) Der preussische Justizminister Dr. Schmidt hat dem Präsidenten des Landbundes, Graf Kalkreuth, der eine amtliche Untersuchung der in dem Verleumderbuch „Gesellschaft Justiz“ geschilderten Vorgänge angeordnet hat, eine deutliche Antwort gegeben. Der dem Zentrum zugehörige Minister erklärt, daß die in dem Buch erörterten Fälle und Anträge sämtlich bereits Gegenstand eingehender Nachprüfung gewesen seien. In dem eigentlichen Verfahren sei durch rechtskräftige Urteile und Beschlüsse der unabhängigen, ordentlichen und Disziplinargerichte durch Verurteilung der verschiedensten Strafverleumderbehörden und durch Beschlüsse der verfassungsmäßigen, parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die rechtslose Unrichtigkeit der erhobenen Anschuldigungen festgestellt worden. Die Ergebnisse dieser Verfahren in der „Gesellschaft Justiz“ vollständig veranschaulicht werden, werde ein bezeichnendes Bild auf den Wert und die Absicht des Buches.

Seltlichkeiten deutscher Justiz

Dresden, 13. Febr. (Eigentl. Dienstl.) Die Dresdener Staatsanwaltschaft hat in einem Verfahren gegen den früheren General und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Lügmann eine Entscheidung gefällt, deren Begründung wegen ihrer Eigenartigkeit der Mitwelt zur Kenntnis gebracht werden muß. Am 27. Mai 1930 erklärte Lügmann in Dresden, in einer öffentlichen Versammlung, zu dem Vertrag von Versailles: „Weiber fehlen uns die Hemmerichter, um diese Unterschreiber unschuldig zu machen.“

Der Dresdener Korrespondent des Berliner Tagesblatts meldete die Äußerung Lügmanns seinem Blatt, worauf die republikanische Beschwerdebüro gegen Lügmann Anzeige erstattete. Der Staatsanwalt beruft sich nun bei Einstellung des Verfahrens u. a. darauf, daß der Republikan nur dann jemanden Schutz gewähre, wenn die betreffende Person zur Zeit des Vorganges tatsächlich Mitglied einer Regierung sei. Am 27. Mai 1930, als Lügmann seine Rede gehalten habe, sei Hermann Müller nicht mehr Reichsfanzler gewesen. Außerdem habe Lügmann nicht die Person Hermann Müller gemeint, sondern nur zur „Ermordung“ seiner in Paris liegenden Unterschrift aufgefordert.

Wie man eine Unterschrift „ermorden“ kann, bleibt das Geheimnis des Dresdener Staatsanwalts. Es ist ebenso originell, wie gefährlich!

Bruderkrach im Breslauer Hakenkreuz

In Breslau erscheint seit Mitte Januar eine nationalsozialistische Zeitung mit dem Namen Deutschland erwacht. Der Verleger Huras ist SA-Führer in Breslau, der verantwortliche Schriftleiter Kienz war Teilnehmer an dem Nachtmarfch der Breslauer SA nach Jäsklowitz im Dezember vorigen Jahres.

Der Gauleiter der NSDAP, Brücker, bekämpfte die neue Zeitung mit aller Schärfe. Am 16. Januar 1931 wies er in der Schlesischen Tageszeitung darauf hin, daß die nationalsozialistische Zeitung Deutschland erwacht zum Nutzen der Feinde Verwirrung in der NSDAP zu stiften veruche und von keiner verantwortlichen Stelle der nationalsozialistischen Organisation beeinflusst werde. Es sei für die Nationalsozialisten überhaupt verboten, ohne Genehmigung der Reichsleitung eine nationalsozialistische Zeitung herauszugeben oder zu unterstützen.

Mit Hitlers Einfluß scheint es danach mindestens in Breslauer Bezirk nicht allzuweit her zu sein.

Neuer Präsident der Angestelltenversicherung

Der Reichspräsident hat den Ministerialrat und Abteilungsdirigenten im Reichsarbeitsministerium, Grelchmeier, zum Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ernannt.

Großdeutsche Anträge im österreichischen Nationalrat

Wien, 13. Febr. Im Laufe der heutigen Budgetdebatte im Nationalrat wurden mit großer Mehrheit die ersten Bestimmungen angenommen. Hierbei wurde ein großdeutscher Antrag auf Angleichung des österreichischen Erbschafts an das deutsche Erbschaft in namentlicher Abstimmung mit 80 Stimmen der Sozialdemokraten und des nationalen Arbeiterblocks gegen 79 Stimmen der Christlichsozialen, des Landvolkes und des Heimatschutzs angenommen.

Gegen hetzende Militärs

Ein zeitgemäßer Erlaß der Heeresleitung

Seit dem nationalsozialistischen Aufstieg ist ganz kraß die Tatsache in Erscheinung getreten, daß sich besonders ehemalige höhere Offiziere sowohl des alten Heeres wie der Reichswehr einer heftigen Propaganda schuldig gemacht haben, sowohl gegen den heutigen Staat und seine Einrichtungen, wie auch gegen die Stellen der Reichswehr, die die Reichswehr im Sinne des geschworenen Eides und der Verfassung der deutschen Republik gehalten und geführt wissen wollen. Selbst die Reichsgründungsfeiern haben ehemalige Offiziere zu einer teilweise ebenso unvergessenen wie schamlosen Hetze benutzt und mißbraucht. Das hat nun den neuen Chef der Heeresleitung, General Freiherr von Hammerstein, veranlaßt, den folgenden Erlaß herauszugeben:

Berlin, den 29. Januar 1931.

Der Chef der Heeresleitung Nr. 249/31 P A (2).

Einerschreiben!

An die aktiven und ausgeschiedenen Herren Generale und an die in Generalstellungen befindlichen Offiziere des Reichsheeres.

Aus dem Reichsheer ausgeschiedene höhere Offiziere haben in Zeitungen und anderen öffentlichen Schriften abbrechende Urteile gegen die obersten Stellen des Reichsheeres gerichtet, die jederzeit zu erhalten waren. Ihre Äußerungen beruhten ganz offensichtlich auf tendenziös gefärbten Zeitungsberichten oder unkontrollierten Gerüchten und entsprachen nicht den wirklichen Zusammenhängen.

Auch haben ausgeschiedene höhere Offiziere bei Anträgen neben schroffer Kritik über getroffene amtliche Maßnahmen das Reichsheer in Zusammenhang mit Zielen gebracht, die seiner Einstellung zum verfassungsmäßigen Staat schärf zumberufen.

Ich sehe keinerlei Zweifel in das lautierte Wollen der in Frage stehenden Herren. Sie überlassen aber, daß ihre Äußerungen geeignet waren, den Vorwurf der Inkompetenz gegen sie zu erheben. Sie schädigten in erheblichem Maße die Belange des Reichsheeres und

beeinflussten die Grundfesten des Wertes, dem ihr Lebensberuf galt, in unangenehmer Weise.

Am Interesse des Reichsheeres und des Zusammenhangs zwischen ihm und seinen alten Offizieren liegt es, wenn letztere die gebotene Zurückhaltung auch nach ihrem Ausscheiden bewahren. Sie drücken sonst den Gegnern die Waffe in die Hand, die behaupten, daß die Offiziere, solange sie im aktiven Dienst sind, ihre wahre Gesinnung verhehlen und dem Staate nur materieller Vorteile wegen dienen.

Ich sehe mich nicht, klar und deutlich auszusprechen, daß es für das Reichsheer weiterhin nicht tragbar ist, daß ausgeschiedene Offiziere, die die Uniform des Reichsheeres tragen, öffentlich in anderer geheimer Weise gegen das Reichsheer und seine Führung Stellung nehmen. Ich würde es auf das tiefste Bedauern, wenn ich mich gezwungen sähe, unter Umständen einen Trennungsführer stehen zu müssen, indem ich die Abrechnung des Rechtes zum Tragen der Uniform des Reichsheeres beantrage.

Die Herren Generale bitte ich, wo immer es möglich ist, ihren gansen Einfluß in aufklärendem und besterndem Sinne einzusetzen.

Wir begrüßen den Erlaß des Chefs der Heeresleitung und erwarten, daß Herr von Hammerstein seinen Androhungen auch die Tat folgen läßt, sofern in Zukunft irgendwelche dazu noch Anlaß gegeben wird. Es ist in der Tat ein öffentlicher und persönlicher Skandal, wie sich öfters höhere ehemalige Offiziere gerade in der allerletzten Zeit feindselig gegenüber dem Staat aufgeführt haben, von dem sie schmunzelnd Jahr für Jahr ganz erhebliche Pensionen beziehen. Und Herr von Hammerstein hat ganz recht, wenn er darauf hinweist, daß das freche und gelegentlich auch würdevolle Auftreten höherer früherer Offiziere in immer stärkerem Maße im deutschen Volke den Eindruck erweckt, als seien auch die heutigen Träger der Reichswehruniform zu einem großen Teil Heuschrecken gegenüber dem heutigen Staat, die aber sofort dann ihre wahre Gesinnung offenbaren, sobald sie verabschiedet werden. Die Fortdauer eines solchen Zustandes ist für beide Teile, Staat und Reichsheer, einfach unhaltbar.

„Vorschuß“-Lorbeeren der Flüchtigen

So zeigt das Zentralorgan der Hitler-Partei ihre angebliche Mildtätigkeit für Erbverworfene an:



Die Nationalsozialisten fordern die Ueberweisung ihrer Tagegelder an die Arbeitslosen

Es lehnen das unwürdige Diätenverhalten der parlamentarischen Nichtstuer unter schwarz-roter Waffentat

„Unsere immantärl hat man uns genommen, unsere Diäten schieken wir den Arbeitslosen“

In der Sitzung des Reichstags vom Mittwoch, dem 12. Februar, wurde der Präsident angefragt, welche Summen bisher schon durch den angeblichen Verzicht der nationalsozialistischen Abgeordneten auf ihre Diäten eingegangen seien. Der Reichstagspräsident antwortete darauf, daß alle nationalsozialistischen Abgeordneten, krank und gesunde, am 1. Februar ihre

Diäten für den ganzen Monat im voraus wie alle anderen Abgeordneten für die Sitzungstage und für die Sitzungsfreie Tage erhoben haben. (Hört, hört!) Wenn also nach den Summen gefragt wird, kann ich nur sagen: auf keine Mark oder, wie man volkstümlich sagt, auf keinen roten Heller ist bisher verzichtet worden. (Große Heiterkeit.)

Kein Nazi verzichtet auf Diäten

Löbe entlarvt das Diätenmanöver

Reichstagspräsident Löbe hat in Sachen der nationalsozialistischen Gelte zu den Reichstagsdiäten unter dem 14. Februar folgenden Brief an den Reichstagsabgeordneten Stöhr gerichtet: „Ihren letzten Schreiben vom 13. Februar entnehme ich, daß bei Ihnen doch eine Reihe von Irrtümern entstanden sind, die ich mir besonders deshalb noch einmal aufzuklären erlaube, weil offenbar ein Teil Ihrer Fraktionsmitglieder die Zusammenhänge nicht ganz zu erkennen vermag.“

Am 10. Februar wurde mir der Antrag Dr. Frid, Stöhr und Genossen übergeben, in dem gefordert wird, daß die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an den Parlamentssitzungen eingeparteten Beträge (Aufwandsentschädigungen bzw. Diäten) reiflos den Bedürftigsten unter den ausgesetzten Arbeitslosen auszuführen sind.“

Auf meinen Hinweis, daß solche Diäten bzw. Aufwandsentschädigungen ja nicht einzeln erhoben werden, da Ihre Abgeordneten alle diese Diäten für den Monat bereits erhoben haben, schreiben Sie mir in einem Brief vom 12. Februar wörtlich: „In unserem Antrag ist mit keinem Wort davon die Rede, daß andere Abgeordnete auf die Aufwandsentschädigungen verzichten.“ Es wird vielmehr klar und deutlich davon gesprochen, daß es sich um einen Verzicht auf Teilnahme an den Parlamentssitzungen handelt. Die Tatsache, daß sich daraus gewisse Erparnisse für die Finanzverwaltung des Reiches ergeben, kann nicht bestritten werden; ebensowenig unser Recht, zu beantragen, daß die in Frage kommenden Summen einem bestimmten Zweck zugeführt werden.“

Hier haben Sie also wieder herod, daß die Abgeordneten auf ihre Aufwandsentschädigungen nicht verzichten. Die Sachlage ist also folgende:

Für den Monat Februar sind alle Diäten von allen Abgeordneten erhoben und es ist davon, wie ich bereits bemerkte, kein Pfennig in der Reichstagskasse vorhanden. Für den März kündigten Sie im Brief vom 12. Februar an, daß Ihre Abgeordneten auf die Aufwandsentschädigung nicht verzichten. Es könnte sich also nur um

Beträge handeln, die im März wegen der Feiertage nach dem Geleit anbezogen werden müssen. Ueber diese Beträge aber haben Sie nicht zu verfügen, da sie, wie gesagt, den fehlenden Abgeordneten nicht gehören, sondern in der Reichstagskasse verbleiben, die ja an fehlende Abgeordnete keine Aufwandsentschädigung ausbezahlen darf. Mir ist also immer noch nicht klar, welche Beträge Sie im März für die Verwendung in Aussicht nehmen, falls Ihre Fraktion nicht in dem Reichstag wiederkehrt. Im gegenwärtig laufenden Monat ist, wie Sie ja auch wissen, alles an Ihre Mitlieder ausgezahlt worden.

Sie haben an Ihre wohl parteiunabhängig gemeinte Bekehrung eine Reihe von privaten Mitteilungen geknüpft, für die Sie mir Recht ein gewisses Interesse bei mir voraussetzen konnten. So über die Zahl der von Ihnen geplanten Beratungen, deren Inhalt usw. Ich danke für diese Freundlichkeit, die ich wohl auf unter langjähriges meist ungetriebenes Zusammenwirken zurückzuführen darf. Allerdings sind Ihnen dabei einige nebenbei scheinbar Entschuldigende Angriffe unterlaufen, auf die ich nicht im Einzelnen eingehen möchte. Nur will ich den Irrtum korrigieren, als ob Ihr Antrag unter dem Gesichtspunkt agitatorischer Bedürfnisse meiner Partei behandelt worden wäre. Hier liegt eine Verwechslung vor. Ich mußte vielmehr die Arbeitslosen davor schützen, daß ihnen aus agitatorischen Gründen Beträge verprochen wurden, die ihnen aus immer noch niemand verzichtet hat und die sie deshalb nicht bekommen können.

Mit der Veröffentlichung des Briefwechsels in den Zeitungen ist ich durchaus einverstanden und bitte freundlich, diesen meinen letzten Brief dabei nicht zu vernachlässigen, damit ich es nicht nochholen brauche.“

Naziüberfall auf Reichsbanner

Sannover, 16. Febr. (Eigentl. Dienstl.) Eine Reichsbannerabteilung, die sich auf dem Wege von dem Haken zum Haken nach Hannover befand, wurde am Sonntag kurz hinter Rotenlen von Nationalsozialisten überfallen. Die Nazis waren im Besitz zahlreicher Schellen und anderer Nordwerkzeuge.

Freistaat Baden

Aufruf der badischen religiösen Sozialisten für Pfarrer Eckert

Der badische Landesvorstand des Bundes der religiösen Sozialisten hat sich in seiner letzten Sitzung rückhaltlos hinter Pfarrer Eckert gestellt und tritt mit folgendem Aufruf an seine Anhänger heran:

An unsere badischen Freunde!
Die vorläufige Amtsenthebung von Pfarrer Eckert ist ein Schlag gegen die religiös-sozialistische Bewegung in Baden. Im Augenblick, wo der badische Kirchenpräsident die schwarzweiße Kirche verläßt, verbietet er Pfarrer Eckert, in politischen Versammlungen zu sprechen. Seit Jahren verfolgen wir das für unsere Kirche unzulässige Verhalten des Kirchenpräsidenten. Wie seinem geübten Nachfolger muß er, die religiös-sozialistische Bewegung nicht niederhalten. Gemeinden mit religiös-sozialistischer Mehrheit können ihr Wahlrecht nicht ausüben; Pfarrer Eckert verweigert die religiös-sozialistischen Kandidaten in den badischen Kirchendiensten; in Städten mit mehreren Pfarrern werden die religiös-sozialistischen Kandidaten nicht zugelassen; ja, es wurde sogar ein Pfarrer, der die Mehrheit der in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen erhalten hatte, aus der Liste der badischen Pfarrer gestrichen. Wird für die Zukunft der Zeit vergrößert der Kirchenpräsident noch die Klaffe, die zwischen der Kirche und der sozialistischen Arbeiterklasse auftritt. Pfarrer Eckert ist ein Hindernis auf dem Wege der Kirche zum Sozialismus. Die Kirche drängt auf den Entscheidungspunkt. Sie soll ihn haben. Der Kampf von Pfarrer Eckert ist unser Kampf. Das demokratische Wahlrecht gibt uns das Mittel, den Kampf innerhalb der Kirche siegreich durchzuführen. Geht nicht heraus aus der Kirche! Bis ins letzte badische Dorf muß getrieben werden um die evangelische Arbeiterklasse, in der auch die sozialistische Arbeiterklasse Platz hat.
Der Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten.
Landesverband Baden.

Scheinfrieden in Heidelberg

Wo bleibt die Staatsautorität?

Die rechtsgerichtete „Deutsche Studentenschaft Heidelberg“ hat den Rektor der Universität ein Schreiben gerichtet, worin sie ihr Verlangen, soweit es eine Kränkung von Rektor und Senat in Heidelberg, auf Ministerialbefehl zurückführt und nach Aufforderung des Senats die Hoffnungen auf ein vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen der Studentenschaft und ihr aus. Dieses Schreiben wird weiter geführt durch verschiedene Erklärungen des Senats des Konflikts besonders als Sprecher beteiligter Studenten.
Mit Recht macht dazu das Heidelberger Zentrumsorgan die Pfälzer Bote folgende kritische Ausstellungen: „Es ist die Herren Studentenfriede allzu leichtem Kaufs möglich, wobei man nun einfach jegliche Vorgetragene Angelegenheit kurzweg auf den Karren der „Ministerialbefehle“ laden ohne Umschweife gesagt: auch dem schwer beladene Ministerium wird irgendein Genugtuung werden. Um des Senates willen! Jede andere Lösung des gegenwärtigen Streites wäre hoffnungslos. Ein Friede an der Alma Mater Ruperto Carola, bei dem sich der eine Kontrahent, die sog. „nationale“ Studentenschaft, die Fortsetzung ihres von „Schwerverhalten“ unbelasteten „Kampfes gegen das System“ kritisch-moralisch oder ausdrücklich vorbehaltlos, wäre eine Farce, eine unaufrichtige Halbheit, ein Scheinfriede ohne Ehre und Würde, an dessen Zustandekommen der Rektor nie und nimmer beteiligt sein könnte! Die Ruhe an der Universität ist gewiß viel, sie bedeutet indessen längst nicht alles, was sie darf auch im gegenwärtigen Heidelberger Streit nicht erreicht werden mit einer Haltung, die die Stellung des Senates schwächt statt sie zu stärken.“
Im Anschluß an diesen Kommentar des Pfälzer Boten hat der Senat noch darauf hinzuweisen, daß der Rektor der Heidelberger Universität die „Verlautbarung der Deutschen Studentenschaft“ ohne jeden Kommentar herausgibt. Es ist nicht zum erstenmal, daß der Rektor den „nationalen“ Studenten erlaubt, ihm Vertrauensbeweise auszustellen, mit dem Erfolg, daß sie dies als Zustimmung der Straffreiheit für die Vergangenheit auffassen und in ihren Behauptungen gegen das „System“ und die republikanischen Dogmen immer unerschämter und in ihren Forderungen immer frecher wurden. Die Universität hat durch ihre Unentschiedenheit im Fall Dehn die Nationalsozialisten unerwartet gefördert. Sprechten der Rektor diese Zeichen nicht? Wann wird er wirklich um die Ruhe und Arbeitsfähigkeit der Universität zu tun ist, muß er Vertrauensbeweise ablehnen, die gegen das Ministerium und eine Kränkung der demokratischen Rechte bedeuten, und die Studenten energig in die Schranken ihrer Rechte verweisen und an ihre Pflicht zur Arbeit erinnern.

Ein Jubiläum

Journalistischer Pflichterfüllung

Der Geistliche Rat Dr. Theodor Meyer feierte am Sonntag das Jubiläum einer 30-jährigen Tätigkeit als Schriftleiter des Badischen Beobachters. Ein außerordentlich achtungswürdige Leistung. Herr Dr. Meyer während dieser 30-jährigen Tätigkeit nicht nur in den Reihen seiner Parteifreunde, sondern auch darüber hinaus als Schriftleiter und Journalist in der Öffentlichkeit und Sympathien erwarb. Wir beglückwünschen nachträglich den geliebten Kollegen zu seinem seltenen Jubiläum.

Nationalsozialistisches Komdium

Heidelberg, 13. Febr. Amlichlich einer gestern Abend in einer Kaffeehaus in Käfertal geplanten Versammlung der Nationalsozialisten und der KPD eingeladen hatten, kam es noch vor der Versammlung zu Schlägereien. Da die Fortsetzung der Schlägereien zu befürchten war, schritt die Polizei noch vor Eröffnung der Versammlung zur Räumung des Versammlungsortes. Ein anderer erlitt durch einen Wurf mit einer Bierflasche eine Gehirnerschütterung. Im Anschluß an die Saalräumung wurden die anwesenden Straßen von der Polizei geräumt. Dabei wurden drei Personen vorläufig festgenommen.

Nazi schlucken Diäten

Frivolos Hakenkreuzspiel mit den Arbeitslosen

Landau, landab verüben die aus dem Reichstag geflüchteten Hitlerleute, was ihr Völkischer Beobachter in riesigen Kopftiteln über sechs Spalten weg und rot untermauert folgendermaßen ausruft:
Nationalistische Obriete für die Diätenpolitik:
Die Nationalsozialisten fordern die Überweisung ihrer Tagelöhner an die Arbeitslosen.
Sie lehnen das unwürdige Diätenverfahren der parlamentarischen Richtstener unter schwarz-roter Aufsicht ab.

Diätenauszahlung



„Sollte nun noch etwas übrig sein, können Sie es den Arbeitslosen geben.“

Gegenüber dieser neuesten Nazikomödie macht die Frankf. Ztg. folgende Bemerkung:
„Als faustdicker Schwindel ist diese ganze Grob- sprecherei im Reichstag festgestellt worden.“

1. haben die 107 Abgeordneten, die jetzt nicht mehr mitarbeiten wollen, erst noch einmal vorher ihre Diäten für den ganzen Monat Februar abgehoben,
2. aber haben sie gar nicht die Überweisung ihrer ganzen Diäten beantragt, sondern bloß die durch ihr Fernbleiben „ersparten Diäten“.

Dies ist ein gewaltiger Unterschied. Denn der Abgeordnete erhält eine monatliche Entschädigung von 600 M., wovon für jeden unentschuldig verfallenen Tag 20 M. abgezogen werden. Selbst in einem Wintermonat läßt der Reichstag kaum mehr als zwanzig Tage zusammen, so daß auch dem geflüchteten Hitlerabgeordneten noch 200 M. übrig bleiben. Je weniger Sitzungstage es sind, desto weniger „ersparte Diäten“ können ihm abgezogen werden, und den ganzen Sommer während der Vertagung wollen Herr Sprenger und seine Freunde auch nach ihrem eigenen Antrag die vollen 600 M. monatlich einstecken.

Wo bleiben dann die Arbeitslosen? Und wer sind nun die „parlamentarischen Richtstener“, die unwürdigen Diätenkassieren nicht ablehnen?

Graf Westarp, ehemaliger Fraktionsführer der Deutschen, hält aus seiner parlamentarischen Erfahrung heraus den früheren Freunden in der Täglichen Rundschau eine Vorlesung über Obstruktion, die den Wählern nur dann verständlich werden könne, wenn sie unmittelbar zu praktischen Erfolgen führe. Obstruktion dieser Art, die sich nicht durchsetzt, wird zur Niederlage und zur Lächerlichkeit.

Krebsübel der Wirtschaft

Wann werden endlich die sozialistischen Ratschläge befolgt?

Die von uns bereits kurz mitgeteilte Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abg. Tarnow zum Reichswirtschaftsstat verdient durch folgende Parolen aus der ausgezeichneten Rede dieses bekannten Gewerkschaftsführers ergänzt zu werden:

3 Millionen Arbeitslose liegen auf der Straße.

Sie wissen nicht, wann sie wieder in ein Arbeitsverhältnis zurückkehren können. Hunderttausende und Millionen sind seit vielen Monaten aus dem Produktionsprozess herausgeschleudert und haben keine Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder hineinzukommen. Es ist in hohem Maße ein leidliches Problem. Die Arbeitslosen gehen daran zugrunde. Wenn wir früher oft hören mußten, die deutschen Arbeiter seien zu faul zur Arbeit, so erweist die gewaltige Krise nun heute diesen Vorwurf als Verleumdung. (Sehr wahr! links) Die Arbeiter wollen arbeiten, und man muß die Arbeitsmöglichkeit erweitern, damit alle Arbeitslosen die Hoffnung haben können, wieder Arbeit zu bekommen.

Eine Verkrüppelung der Arbeitszeit ist nicht nur als Notmaßnahme, sondern als Dauerzustand unerlässlich (Zuruf der Komm.). Bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne.) Selbstverständlich — soweit die Wirtschaft in der Lage ist, das zu tragen. (Auf Zurufe der Kommunisten.) Wir haben Ihre Forderung abgelehnt, denn Sie glauben ja selbst nicht, daß durch die Annahme von Anträgen im Reichstag die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann.

Immer wieder wird behauptet, daß die deutsche Wirtschaft durch zu hohe Steuern und Soziallasten erschwert werde. Die Wahrheit ist ganz anders. 1928 hatten wir einen Aufschwung der deutschen Wirtschaft, wie er nachherst in der Geschichte der Weltwirtschaft nur dieses ein Mal zu finden ist. Das gesamte Nationaleinkommen war 1928 noch unter 50 Milliarden, im 1928 schon auf 66 Milliarden und 1929 auf über 70 Milliarden angewachsen. Die Kapitalbildung war außerordentlich stark — ein Beweis, daß es unter Wirtschaft nicht schlecht gegangen ist. Daran sieht man die Schlussfolgerung, daß die sozialen Forderungen der Arbeiterklasse auf dem Boden dieser Wirtschaft durchgesetzt werden können. Nicht die natürliche Kraft der produzierten Wirtschaft hat verlagert, sondern

verlagert hat die wirtschaftliche Ordnung, in der wir leben. (Sehr richtig! links.) Viel mehr als bei früheren Krisen war es diesmal das kapitalistische Wirtschaftssystem, das die Krise herbeigeführt hat. Wenn die alte Wirtschaftsfreiheit verloren gegangen ist, dann ist das eine natürliche Folge der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Die gewisse nicht marxistische Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat festgestellt, daß gewisse Strukturänderungen in der Weltwirtschaft durch den Krieg herbeigeführt worden sind, aber schon vor dem Kriege vorhanden waren und sich auch ohne den Krieg durchgesetzt hätten. Das sind die monopolistischen Tendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft, die niemand zurückdrängen kann, weil sie aus dem System selbst entstehen. Diese Entwicklung hat die schwere Anordnung in die

einzelnen Volkswirtschaften und in die Weltwirtschaft hineingebracht. Die Letztere ist durch eine Reihe von Preisrevolutionen auf allen Gebieten, besonders bei den Rohstoffen und Lebensmitteln erschüttert worden. Innerhalb des letzten Jahres ist der Baumwollpreis um 40 Prozent, der Weizenpreis um 64 Prozent, der für Zute um 39 Prozent, für Weizen um 49 Prozent, für Mais um 37 Prozent gestiegen. Baumwolle hat heute die Hälfte des Vorkriegspreises, Wolle zwei Drittel, Gummi ein Fünftel des Vorkriegspreises. (Zuruf äußerst links: Deshalb sind die Gummifabrikanten so böse! — Große Gelächter.) Diese plötzlichen und radikalen Revolutionen auf dem Weltmarkt wären nicht möglich gewesen, ohne die monopolistischen Tendenzen und können auch durch deren Preisstärkungen nicht verhindert werden. In Deutschland ist allerdings eine

Preisrevolution durch die Monopole verhindert worden, die die Preise aufrecht halten konnten. Das ist aber auch wieder eine Störung im Kreislauf der Wirtschaft, die durch eine entschiedene und aktive Wirtschaftspolitik des Staates hätte verhindert werden können.

Wir beantragen die Einführung eines Monopols und Kartellgesetzes, das eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik sein muß. Solange die Meinung aufrecht erhalten werden konnte, als ob die Wirtschaft von Gezeiten beherrscht würde, die für alle gleichmäßig gelten, konnte sich der Staat mit der Nachwachterrolle gegenüber der Wirtschaft abfinden. Heute aber bestimmen starke Interessengruppen die Wirtschaft, und daher muß der Staat diese Monopolorganisationen unter Kontrolle nehmen.

Wie in das Interesse der Gesamtwirtschaft einfügen und damit die Wirtschaft überhaupt in höherem Maße als bisher unter die Kontrolle des Staates stellen. Die Epoche der Trennung von Staat und Wirtschaft liegt hinter uns. Beide müssen zusammenwachsen. Wenn Sie sagen, daß

diese Entwicklung zum Sozialismus führt, so sehen Sie, daß Sie diese Entwicklung, die aus der Wirtschaft selbst entspringt, nicht aufhalten können. Die deutsche Arbeiterklasse will einen Weg, wie in Rußland nicht gehen. Wir lehnen die sozialistische Partei aus dem absterbenden Kapitalismus herauszuwachsen. Die Erkenntnis, daß das kapitalistische System dem überauslebenden Reichum der Natur nur zu vermehrt ein Hindernis für die Massen in allen Ländern umwandelt, diese Erkenntnis wird sich weiter ausbreiten und uns neue Anhänger zuführen. Sinter uns haben die Massen der Arbeiterklasse. Wenn in dieser Zeit der Verarmung Teile der Massen sich einem politischen Wunderglauben ergaben, dann begreifen wir das. Aber die

Konjunktur des politischen Wunderglaubens ist zeitlich begrenzt. Wir vertrauen darauf, daß große Teile derjenigen, die heute noch dem Faschismus und dem Sowjetismus nachlaufen, wieder zu uns finden werden. Wir bauen auf die Zukunft unserer Bewegung, wir bauen auf die Zukunft des Sozialismus. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Sos.)

Letzte Nachrichten

Die Treivanuspartei

BRN, Berlin, 15. Febr. (Eig. Meldung.) Die Konsernative Volkspartei veranstaltete heute mittig im Reichsparlament im Rahmen ihrer ersten Reichstagsung eine Kundgebung, auf der Reichsminister Treivanus eine Rede über das Thema: „Wohin geht unter Weg?“ hielt. Er betonte, daß er allein die Verantwortung trage für die Beteiligung an einer Regierung, die den Wunsch habe, auszuräumen.
Wenn man die Konsernative Volksparteifrage, ob sie nicht abhänig sei von der Reichssozialdemokratie und vom jetzigen Preußen, so müßte man die Gegenwart stellen, was die sogenannte nationale Opposition bereits getan habe, um eine unabhängige Regierungsführung zu gewährleisten. Für die Regierung gebe es nur den Zwang, mit beiden Parteien auf dieser Erde zu bleiben und nach vorwärts zu schauen. Wenn die Regierung die Finanzen bereinige und Subventionen ablehne, so steigere das nicht gerade ihre Popularität. Die Helferricht, die von den Deutschen nationalen wieder gefordert werden, bezeichnet Treivanus als ein Wunder, das sich nicht wiederholen könne.
Zur Koalition in Preußen erwähnte der Minister, daß die Reform des Reiches von Haupt und Gliedern gerade in den letzten Jahren mit aller Deutlichkeit in Erscheinung getreten sei. Aber ein Volksbegehren müsse nach seiner Meinung weitergehen, als daß man einen Staat besonderer Färbung durch einen anderen anderer

Färbung ersehen wolle. Es gelte den Kampf aufzunehmen gegen Fiktionen, gegen Schlagworte, für Wahrheit und Ritterlichkeit. Die Vertreterversammlung hat folgende Entschließung gefaßt: Die Reichstagsung der Konserpativen, die am Sonntag, 15. Februar 150 Vertreter der Konserpativen Volkspartei aus dem Reich vereinte, beschließt einstimmig, das vom Reichstag eingebrachte Volksbegehren in Preußen zu unterstützen. Sie geht davon aus, daß damit nicht der Erfolg einer herrschenden Parteienkoalition durch eine andere, sondern der Umbau von Preußen und Reich in einer Reform eingeleitet werden soll.

40-Stundenwoche bei Howaldswerft in Kiel

Kiel, 15. Febr. Die hiesige Howaldswerke H.-G. wird vom 16. Februar ab im Einverständnis mit dem Arbeiter- und Betriebsrat die tarifliche Arbeitszeit von 48 Stunden auf 40 Stunden ohne Lohnabzug herabsetzen. Die Betriebsrat erklärte sich in einer Urabstimmung zu 95 Prozent damit einverstanden. Die Herabsetzung der Arbeitszeit erfolgt, um zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die Zahl der Arbeiter des Werkes um 20 Prozent erhöhen zu können. Die 40-Stunden-Woche soll in den Hamburger Betrieben der Howaldswerke (früher Vulkan und Lanfen und Schmitts) durchgeführt werden.

Gewerkschaftliches

Der Konflikt im Buchdruckgewerbe

Schiedspruch verbindlich erklärt
Der Schiedspruch für das deutsche Buchdruckgewerbe vom 2. Februar ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden...

Der Kampf im Stahlwerk Duisburg-Meiderich

Duisburg, 16. Febr. (Zunbienst.) Die Vorgänge auf dem Stahlwerk Duisburg-Meiderich waren am Sonntag Gegenstand einer Konferenz der Funktionäre der freien Gewerkschaften...

Die Deutsche Werksmeister-Vereinigung

Die Deutsche Werksmeister-Vereinigung Düsseldorf veranstaltet auch in diesem Jahre Wochensitzungen für seine als Arbeitsschlichter tätigen Funktionäre...

Partei-Nachrichten

Wiesbaden. Sonntag, 22. Febr., nachmittags 3.30 Uhr, findet im Saal der Gewerkschaften die Generalversammlung unserer Partei statt...

Aus aller Welt

Der Zug Paris-Luxemburg entgleist
Der Schnellzug Paris-Luxemburg, der um 14.20 Uhr Paris verließ, ist bei der Einfahrt in den Bahnhof Bazancourt bei Reims entgleist...



Arbeitslosenunruhen im gesegneten Kalifornien
Von den schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei von Los Angeles: Die Menge verjucht einen Verhafteten aus den Händen der Polizei zu befreien.

Paris, 15. Febr. Bei der Aufführung des Stückes 'Die Affäre Dreyfus' kam es zu lebhaften und anhaltenden Zwischenfällen im Publikum für und gegen Dreyfus...

Basel, 15. Febr. Am Samstag erschienen in einem Speiseraum der Außenstadt zwei Burken im Alter von 20-22 Jahren, bedrohten die Inhaberin mit Revolvern und forderten sie auf, sich ruhig zu verhalten...

Die 'Dreigroschenoper' von der Filmprüfstelle genehmigt
Berlin, 15. Febr. Der Tonfilm der Tobis-Warner Produktion 'Die Dreigroschenoper' wurde heute, wie die National-Filmverleih- und Vertriebs-G.M. mitteilt, von der Filmprüfstelle Berlin unter Vorbehalt des Regierungsrates Zimmermann mit nur zwei geringfügigen Änderungen zur Vorführung für das gesamte Deutsche Reich zugelassen.

Frankreichs ehemaliger Justizminister vor Staatsgerichtshof
Paris, 14. Febr. (Zunbienst.) Die parlamentarische Untersuchungskommission hat am Freitag mit 16 gegen 11 Stimmen beschlossen, den ehemaligen Justizminister Perret gegen Mißbrauch im Amt vor den Staatsgerichtshof zu stellen.

Die Not der Junglehrer
Der preussische Kultusminister hat eine Uebersicht über die Zahl der stellenlosen Schulkandidaten nach dem Stande vom 15. November 1930 überreicht. Danach sind noch 21.527 stellenlose Bewerber vorhanden...

Gemeindepolitik

Bürgerausschüßelungen

Neudorf
Eine reichhaltige und äußerst wichtige Tagesordnung wies die Bürgerausschüßelung vom 6. Februar auf. Selbster entwarfte sich das Interesse der Definitivität...

Langensteinbach (Gemeinderatsitzung vom 9. Februar)
Mit den beiden Elektrikern Rauch und Rettig wird ein neuer Vertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung der Sätze links vom Bach, aber andere hälftig rechts des Baches...

Töhligen (Sitzung vom 12. Februar)
Von dem Kostenvoranschlag des Schulneubaus im Schulhaus wird Kenntnis genommen und die Arbeitsvergebung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt...

Verghaupten
Brenndolzerweiterung wird genehmigt. Aus dem Gemeindevorstand wird ein Los Stumpenholts an einen Anteilhaber abgegeben...

Zell-Harmersbach (Sitzung vom 9. Februar)
Die am 28. Januar d. J. stattgefundene Sterbholz- und Reislosversteigerung wird genehmigt...

wird Kenntnis genommen. - Eine Verfügung des Bezirksamtes Offenburg betr. Schätzung von Neubauten wird verlesen...

Langensteinbach (Gemeinderatsitzung vom 9. Februar)
Mit den beiden Elektrikern Rauch und Rettig wird ein neuer Vertrag abgeschlossen, der eine Erhöhung der Sätze links vom Bach, aber andere hälftig rechts des Baches...

Töhligen (Sitzung vom 12. Februar)
Von dem Kostenvoranschlag des Schulneubaus im Schulhaus wird Kenntnis genommen und die Arbeitsvergebung bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt...

Verghaupten
Brenndolzerweiterung wird genehmigt. Aus dem Gemeindevorstand wird ein Los Stumpenholts an einen Anteilhaber abgegeben...

Zell-Harmersbach (Sitzung vom 9. Februar)
Die am 28. Januar d. J. stattgefundene Sterbholz- und Reislosversteigerung wird genehmigt...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt
Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, findet im 'Wirttemberger Hof' unsere Bezirksversammlung statt...

Bezirk Klippur
Der Vortrag des Gen. Direktor Wilhelm über 'Marxistische Literaturbetrachtung' kann umständlicher nicht am Mittwoch, 18. sondern erst am Donnerstag, 19. Februar, 20 Uhr, im Kinobergarten stattfinden.

Arbeitermohlfahrt
Morgen Dienstag, 17. d. M., abend 8 Uhr wichtige Vorstandssitzung, Karl-Friedrich-Strasse 22. Die Genossinnen des Vorstandes werden gebeten, Punkt halb 8 Uhr zu kommen.

Arbeiter-Radiobund
Die Poststunde fällt am kommenden Dienstag, 17. Februar, aus.

Dereinsanzeiger
Karlsruhe.
M.D.G.B. Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. Der für heute oben vorgesehene Bildungsvortrag fällt des Falchins wegen aus.

Veranstaltungen

Wassentball. Kurz ist das Leben, kurz in diesem Jahre auch der Wintersport. Der sich also nochmals vor Jahresabschluss gut amüßigen und ein

Darlanden

Arbeiter-Samariterkolonne. Auch in Darlanden beginnt man endlich den Wert des Arbeiter-Samariterdienstes zu berechnen. Am Donnerstag

Vorläufige Wettervorhersage der badischen Landeswetterwarte

Eine neue atlantische Zirkulation, die vor der nordwestlichen Küste anfangs

Wasserstand des Rheins

Kiel 24, gef. 11; Waldshut 212, gef. 3; Schutterinsel 73, gef. 10; Rastatt 228, gef. 19; Marxau 414, gef. 9; Mannheim 330, gef. 8; Caub

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei. Mittwoch, 18. Februar, 20 Uhr, findet in der

Januarfeierlichkeiten. Heute, 20 Uhr: Arbeitsgemeinschaft im Heim.

Aus der Stadtratsitzung vom 4. Februar.

Der Laden im südlichen Hofe Pfaffenstraße 55 wird vermietet. Dem

Vortrag über den Faschismus.

Man schreibt uns: Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Durlach,

Aus dem Gerichtssaal

Betrug und Diebstahl im Rückfall

Wegen Betrugs und Diebstahls im Rückfall stand der wiederholt

Kleine badische Chronik

Wieder ein idealer Schneeeinbruch

en. Vom Schwarzwald, 15. Febr. Der Reigen der köstlichen Winter

Der Winterportierbetrieb entwickelte sich in allen Teilen des Schwarzwaldes lebhaft.

Neurolog wurden an dem trüben, kalten, aber in Bezug auf Schneelage

Der Nazi-Bezirksrat mit dem Offenbarungseid

Freiburg i. Br., 14. Febr. In der letzten Bezirksratsitzung in Freiburg

Die Brandstiftung im Bezirk Sinsheim

Eppingen, 13. Febr. In der städt. Turnhalle brach vormittags 11

Kaiserslautern, 13. Febr. Auf noch unaufgeklärte Weise brach morgens

Freiburg i. Br., 14. Febr. Gestern abend sangen die Defonomegebrüder

Kaiserslautern, 13. Febr. Verlorenen Nacht brach in der Scheune

Arbeitsaufnahme bei großen oberbadischen Zigarrenfabriken

Freiburg, i. Br., 14. Febr. Die Stumpenfabriken Willinger-Söhne

Freiburg, 13. Febr. Wegen mehrfachen Betrugs hatte sich heute

Verurteilter Darlehensbetrüger

in Karlsruhe, 13. Febr. Wegen mehrfachen Betrugs hatte sich heute

Badenburg. In der Nacht zum Freitag brannte die größte Scheune

Hüffingen (Amt Donaueschingen), 14. Febr. In der vergangenen Nacht

Dettingen. Sehn hausgeflachtete Schweine wollte man um 90 Pfennig

Neuhard. Nach kurzer Krankheit ist unser verehrter Bürgermeister

Mannheim, 13. Febr. Beim Rangieren tödlich verunglückt, gestern

Willstadt, 13. Febr. Abenteuerliches Erlebnis. Auf der Heimfahrt

Mittweier. Am Mittwochabend verunglückte hier die Eheleute

Sausatz, 13. Febr. Eine nicht alltägliche Sache. Als der hiesige

Der Arbeitgeberverband für das badische und pfälzische Transport-

Sunkreportage aus dem Rhein

Am Mittwoch waren die Fundamentierungsarbeiten des rechtsrheinischen

Der Einbruch in den Senkfaß, dessen oberer Teil etwa 5 Meter

ebenso wie die anderen Darlehensgeber von dem Angeklagten, der

Advertisement for Dr. med. Karl Mayer, Facharzt für Geburtshilfe u. Frauenkrankheiten, niederrheinisch. Sprechstunden 11-1 u. 3-5 Uhr in meiner Klinik Stefaniensstr. 66

